Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht 2012

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen achtzehnten Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 7. März 2013

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Die Präsidentin	Der Generalsekretär
Christine Grünig	Robert Schnetzer

Inhalt

Berichtsjahr 2012

		Seite
1.	**Überblick**	**7**
1.1	Vergleich der Eingänge Berichtsjahr/Vorjahr	7
1.2	Interpretation und Prognose	7
	1.2.1 Eingänge	7
	1.2.2 Erledigungen	8
1.3	Prozessdauer	9
2.	**Plenum und Geschäftsleitung**	11
2.1	Mutationen	11
	2.1.1 Wahl an das Schweizerische Bundesgericht	11
	2.1.2 Rücktritte und Wahlen am Sozialversicherungsgericht	11
	2.1.3 Im Jahre 2013 anstehende Mutationen	11
2.2	Antrag des Sozialversicherungsgerichts auf Erhöhung der Anzahl Richterstellen	12
2.3	Bürosituation am Sozialversicherungsgericht	13
2.4	Organisation	13
3.	**Schulung und Weiterbildung**	**15**
4.	**Rechtsprechung**	**17**
5.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	**19**
6.	**Personelles**	21
6.1	Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang	21
6.2	Belegschaft	21
7.	**Sachliche Zuständigkeit**	27
7.1	Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts	27
7.2	Zuständigkeit des Schiedsgerichts	28
8.	**Statistische Übersichten**	29
8.1	Sozialversicherungsgericht	29
8.2	Schiedsgericht	33
Abkürzungen		35

Berichtsjahr 2012

1. Überblick

Im Berichtsjahr sind insgesamt 2'494 Beschwerden und Klagen eingegangen, was einem Rückgang von 1.3 % gegenüber dem Vorjahr 2011 (2'528 Eingänge) entspricht. Erledigt wurden in derselben Zeit 2'525 Verfahren, 6.4 % weniger als im Vorjahr (2'699 Erledigungen). Auf das Ende des Berichtsjahres sanken die Pendenzen auf 2'498 Fälle. Dies entspricht einem Rückgang von 1.2 % gegenüber dem Vorjahr (2'529 Pendenzen). Seit dem zwischenzeitlichen Höchststand Ende 2008 (3'016 Fälle) konnten die Pendenzen innerhalb von vier Jahren um insgesamt 17.2 % reduziert werden.

1.1 Vergleich der Eingänge Berichtsjahr/Vorjahr

Zugenommen haben die Neueingänge – bei den anzahlmässig bedeutsamen Rechtsgebieten - insbesondere im Bereich der Arbeitslosenversicherung von 310 auf 345 (+35 Fälle bzw. +11.3 %), im Bereich der beruflichen Vorsorge von 94 auf 111 (+17 Fälle bzw. +18.1 %) sowie im Bereich der Zusatzleistungen von 107 auf 119 Beschwerden (+12 Fälle bzw. +11.2 %). Abgenommen haben die Eingänge dagegen in den Bereichen der Invalidenversicherung von 1'371 auf 1'323 (-48 Fälle bzw. –3.5 %), der Unfallversicherung von 344 auf 299 (-45 Fälle bzw. –13.1 %) und der Alters- und Hinterlassenenversicherung von 136 auf 122 (-14 Fälle bzw. –10.3 %).
(Vgl. Statistische Übersichten, S. 29 ff. des vorliegenden Berichts)

1.2 Interpretation und Prognose

1.2.1 Eingänge

Wie die nachstehende Übersicht über die Anzahl neu eingegangener Beschwerden und Klagen in den hauptsächlichen Rechtsgebieten im Laufe der vergangenen vier Jahre 2009 bis 2012 zeigt, ist eine klar sinkende Tendenz lediglich in den Bereichen der Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie in der Unfallversicherung festzustellen. In den übrigen Rechtsgebieten bewegen sich die Eingänge im Berichtsjahr mehr oder weniger im Durchschnitt der letzten vier Jahre:

(Eingänge in den einzelnen Rechtsgebieten von 2009 bis 2012)

	2009	2010	2011	2012	Ø
AHVG	160	138	136	122	139
AVIG	315	410	310	345	345
BVG	89	108	94	111	101
IVG	1'219	1'250	1'371	1'323	1'291
KVG	130	128	142	139	135
UVG	449	385	344	299	369
Weitere	131	148	131	155	141
Total	2'493	2'567	2'528	2'494	2'521

Einer näheren Betrachtung bedarf der Bereich der Invalidenversicherung, und zwar nicht nur hinsichtlich der Anzahl Eingänge in den vergangenen Jahren, sondern insbesondere im Kontext mit der per 1. Januar 2012 in Kraft getretenen 6. IV-Revision (Revisionsteil 6a), die eine Überprüfung sämtlicher „Renten, die bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage gesprochen wurden", vorsieht.

Entgegen der vorjährigen und gesamtschweizerisch übereinstimmenden Prognose, dass infolge der 6. IV-Revision ab Mitte 2012 mit einer signifikanten Zunahme von eingehenden Beschwerden an den kantonalen Sozialversicherungsgerichten gerechnet werden müsse, ist die entsprechende Welle, wie oben gezeigt, bisher ausgeblieben. Zwar haben die Eingänge im ersten Quartal 2012 im bereits seit Jahren üblichen Masse zugenommen, ab dem zweiten Quartal 2012 jedoch abgenommen. Im Vergleich zum Jahre 2011 mit einem Anteil von 54.2 % IV-Beschwerden an den Gesamteingängen blieb der Durchschnitt im Berichtsjahr 2012 bei 53 % (2010: 48.7 %; 2009: 48.9 %). Der Grund für diesen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr dürfte vermutungsweise darin liegen, dass sich der neue gesetzliche Auftrag zur Rentenüberprüfung für die vorinstanzlichen IV-Stellen in seiner Umsetzung als verhältnismässig aufwändig erweist. Dies würde bedeuten, dass der Anstieg von Beschwerden erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eintreten wird.

1.2.2 Erledigungen

Wie eingangs erwähnt, sind die Erledigungen im Berichtsjahr um 6.4 % auf 2'525 Fälle zurückgegangen, und dies trotz ungefähr gleichem Brutto-Personalbestand. Zu diesem Rückgang haben im Wesentlichen zwei Gründe geführt:

- Im Berichtsjahr waren vier Mutterschaftsurlaube mit teilweise anschliessenden unbezahlten Urlauben sowie ein längerer krankheitsbedingter Ausfall zu verzeichnen. Da unbefristete Neuanstellungen in solchen Fällen aus naheliegendem Grunde (überhöhter Personalbestand in den Folgejahren) nicht in Frage kommen und sich befristete (temporäre) Anstellungen des sozusagen nutzlosen Einarbei-

tungsaufwandes wegen nicht lohnen, beeinträchtigen derartige personelle Ausfälle praktisch ungeschmälert die Erledigungsperformance des Gerichts.

- Die Zeitspanne zwischen einer Anmeldung bei der Invalidenversicherung und der entsprechenden Verfügung der IV-Stelle ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich länger geworden, da die zunehmend zurückhaltende Praxis bei der Rentenvergabe zu laufend umfangreicheren und aufwändigeren Abklärungen der geltend gemachten gesundheitlichen Beeinträchtigungen geführt hat. Dies hat angesichts der insbesondere bei der Invalidenversicherung beispielslos rasanten Kadenz von Gesetzesrevisionen zur Folge, dass bei gerichtlichen Beurteilungen stets verschiedene Zeitversionen zu berücksichtigen sind. Der in der jüngeren Vergangenheit bereits aus diesem Grund angestiegene Bearbeitungsaufwand von IV-Fällen ist durch zahlreiche von der IV-Revision 6a unabhängige Rentenrevisionsverfahren weiter angewachsen, da sich die im Falle von Rentenüberprüfungen zu beurteilenden Sachverhalte über mehrere Jahre, teils sogar Jahrzehnte hinweg erstrecken. Gerichtsintern hat dies bereits dazu geführt, dass die für IV-Erledigungen gutgeschriebenen Punkte auf das zweite Quartal des Berichtsjahres hin um gut 13 % erhöht werden mussten und dass deshalb bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz anzahlmässig weniger Erledigungen erreicht wurden.

Während der erstgenannte Grund zufällig war und in diesem Sinne auch inskünftig nicht kalkulierbar bleibt, weist der zweite Punkt auf ein zentrales Problem hin, welches sich auch in Zukunft nicht nur kaum lösen lässt, sondern zunehmen wird. Die Arbeitslast, die selbst bei gleich bleibenden Eingangszahlen in den vergangenen Jahren ständig angewachsen ist und auch weiterhin anwachsen wird, zeigt sich anschaulich an der folgenden Beobachtung: Ende 1998 benötigten die Akten der damals 5‘537 pendenten Fälle rund 200 Laufmeter zur Aufbewahrung, Ende 2012 brauchten die noch verbleibenden 2‘498 Fälle rund 300 Laufmeter. Die Pendenzen haben also innert 14 Jahren um rund 55 % abgenommen, die für die Akten benötigten Laufmeter hingegen um 50 % zugenommen. Der durchschnittliche Umfang einer Prozessakte hat sich somit in diesem Zeitraum verdreifacht.

1.3 Prozessdauer

Das Alter der im Berichtsjahr erledigten Fälle betrug im Zeitpunkt der Erledigung durchschnittlich 12.7 Monate, etwas weniger als im Vorjahr mit einem Erledigungsaltersdurchschnitt von 13.2 Monaten (vgl. auch die entsprechende Statistik auf S. 31 des vorliegenden Berichts). Damit konnte die Prozessdauer bzw. das durchschnittliche Erledigungsalter der Fälle innerhalb von vier Jahren seit 2009 (13.7 Monate) um einen Monat gesenkt werden.

2. Plenum und Geschäftsleitung

2.1 Mutationen

2.1.1 Wahl an das Schweizerische Bundesgericht

Alexia Heine (SVP), Präsidentin des Sozialversicherungsgerichts seit 1. Juli 2011, ist am 26. September 2012 von der Vereinigten Bundesversammlung zur Bundesrichterin gewählt worden. Sie hat ihren Rücktritt als Richterin am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich per Ende 2012 erklärt und ihr neues Amt an der Ersten sozialrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts in Luzern am 1. Januar 2013 angetreten.

2.1.2 Rücktritte und Wahlen am Sozialversicherungsgericht

Wie bereits im Vorjahresbericht erwähnt, hat der Kantonsrat am 9. Januar 2012 Christa Arnold Gramigna (CVP) als Nachfolgerin der im Jahre 2011 altershalber zurückgetretenen Rosanna Bürker-Pagani (CVP) zum Mitglied des Sozialversicherungsgerichts gewählt. Christa Arnold Gramingna hat ihr bisheriges Amt als Ersatzmitglied per 31. Januar 2012 abgegeben und ihr neues Amt am 1. Februar 2012 angetreten. Als Nachfolger der ebenfalls 2011 altershalber zurückgetretenen Rosetta Weibel-Fuchs (SP) hat der Kantonsrat am 27. Februar 2012 Benjamin Bachofner (GLP) zum Mitglied gewählt. Er hat sein Amt am 1. März 2012 angetreten.

Am 11. Juni 2012 hat der Kantonsrat auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts Franziska Bänninger Schäppi zum Ersatzmitglied gewählt (Nachfolgerin der zum ordentlichen Mitglied gewählten Christa Arnold Gramigna). Am 24. September 2012 hat der Kantonsrat auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts Georg Wilhelm zum Ersatzmitglied gewählt (Nachfolger der per Mitte 2012 zurückgetretenen Monika Tanner Imfeld). Er hat sein Amt am 1. Oktober 2012 angetreten. Ersatzmitglied Oliver Peter ist per 31. Oktober 2012 von seinem Amt zurückgetreten.

2.1.3 Im Jahre 2013 anstehende Mutationen

Ausstehend sind die Ersatzwahl für das per Ende 2012 zurückgetretene Mitglied Alexia Heine und die Ersatzwahl für ein per 30. Juni 2013 altershalber zurücktretendes Mitglied. Im Weiteren stehen die Wahlen für die vom Kantonsrat Ende des Berichtsjahres bewilligten zusätzlichen Richter- und Ersatzrichterstellen ab 1. Juli 2013 an (eine ordentliche Stelle zu 100% sowie zwei Ersatzrichterstellen; vgl. nachfolgend Ziff. 2.2). Ebenso ist noch die Ersatzwahl für das per 31. Oktober 2012 zurückgetretene Ersatzmitglied Oliver Peter offen.

Angesichts des zwischenzeitlich geänderten Parteienproporzes sowie der entsprechenden Stellenausschreibungen durch die Justizkommission des Kantonsrats am Ende des Berichtsjahres ist anzunehmen, dass die offenen (neuen und wieder zu besetzenden) Stellen fast ausschliesslich durch teilamtliche Mitglieder besetzt werden. Dies würde bedeuten, dass inskünftig von den insgesamt 16 bis 17 Mitgliedern des Gerichts lediglich deren drei ein Vollamt (100 %) und ein weiteres Mitglied ein Fast-Vollamt (80 %) bekleiden würden; alle weiteren Mitglieder hätten ein Teilamt inne. Die Konsequenzen dieses Umstandes auf die Gerichtsorganisation dürften gravierend sein, da einige Funktionen wie beispielsweise die des Gerichtspräsidiums, der Kammervorsitzenden oder der Geschäftsleitungsmitglieder gar nicht oder nur mit erschwerenden Einschränkungen durch teilamtliche Mitglieder wahrgenommen werden können. Im Rahmen seines nachfolgend erwähnten Antrags auf Erhöhung der Anzahl Richterstellen hat das Gericht denn auch darauf hingewiesen, dass aus gerichtsorganisatorischen Gründen mindestens die Hälfte der Richterstellen mit Vollstellen zu besetzen wäre.

2.2 Antrag des Gerichts auf Erhöhung der Anzahl Richterstellen

Mit Schreiben vom 23. März 2012 gelangte das Gericht an den Kantonsrat mit dem Antrag, den Beschluss des Kantonsrats über die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Sozialversicherungsgerichts vom 19. Juni 2000 (LS 212.84) abzuändern und die Zahl der Stellen für voll- und teilamtliche Mitglieder von bisher 900 auf neu 1‘200 Stellenprozente anzuheben.

In seiner Weisung begründete das Sozialversicherungsgericht die beantragte Erhöhung der Anzahl Richterstellen im Wesentlichen mit dem erwarteten weiteren Anstieg der Arbeitsbelastung durch die 6. IV-Revision, mit der generell zunehmenden Komplexität der Gerichtsverfahren sowie mit dem im Vergleich zu anderen Gerichten offensichtlichen Missverhältnis zwischen Richter- und Gerichtsschreiberstellen (über 300 % Gerichtsschreiberstellen auf eine Richterstelle am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich, 186 % Gerichtsschreiberstellen auf eine Richterstelle im gesamtschweizerischen Durchschnitt).

An seiner Sitzung vom 19. November 2012 folgte der Kantonsrat dem Antrag der Justizkommission und beschloss, die Stellenprozente für voll- und teilamtliche Mitglieder des Sozialversicherungsgerichts von bisher 900 auf neu 1‘000 festzusetzen. Darüber hinaus stimmte der Kantonsrat dem Antrag der Justizkommission zu, die Anfang 2010 dem Sozialversicherungsgericht für den Rest der Amtsdauer bis 2013 zugesprochenen zwei zusätzlichen Ersatzrichterstellen für die weitere Amtsdauer 2013 bis 2019 zu verlängern. Der entsprechende Kantonsratsbeschluss tritt per 1. Juli 2013 in Kraft.

2.3 Bürosituation am Sozialversicherungsgericht

Zur Bewältigung der seit Jahren ansteigenden Geschäftslast musste das juristische Sekretariat laufend ausgebaut werden, ohne dass die räumlichen Verhältnisse im selben Masse erweitert werden konnten. Mittlerweile wurden bereits 8 der insgesamt 18 Büros für Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber mit je drei Personen belegt, womit bei einem Norm-Mass pro Büro von rund 21 m^2 gerade noch eine Arbeitsplatzfläche von 7 m^2 pro Person bleibt. Wenn auf dieser Fläche zusätzlich noch rund 70 pendente Aktendossiers pro Vollstelle Platz finden sollen, liegt auf der Hand, dass dies nur eine vorübergehende Notlösung und keinesfalls ein Dauerzustand sein kann.

Das Gericht prüft deshalb seit einiger Zeit valable Alternativen, auch ein Gesamtumzug in eine grössere Liegenschaft wurde schon in Betracht gezogen. Nun scheint sich abzuzeichnen, dass eine am heutigen Standort an der Lagerhausstrasse in Winterthur frei gewordene zusätzliche Bürofläche hinzugemietet werden könnte, was das oben erwähnte Problem zumindest teilweise entschärfen könnte. Die Mehrkosten würden entsprechend der zusätzlichen Fläche rund 10 % betragen und im vollen Umfange im Budget für das Jahr 2014 aufgenommen.

2.4 Organisation

Geschäftsleitung

Vorsitz	Heine Alexia, Präsidentin
Mitglieder	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin
	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident
	Hurst Robert

Zusammensetzung der Kammern

I. Kammer	Vorsitz	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin
	Mitglieder	Maurer Reiter Edith
		Spitz Ueli
	Ersatzmitglieder	Condamin-Voney Gertrud *(bis 30. September 2012)*
		Wilhelm Georg *(ab 1. Oktober 2012)*
II. Kammer	Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident
	Mitglieder	Bachofner Benjamin *(ab 1. März 2012)*
		Gräub Erich

		Käch Amsler Franziska
	Ersatzmitglied	Romero-Käser Irene
III. Kammer	Vorsitz	Heine Alexia, Gerichtspräsidentin
	Mitglieder	Annaheim-Büttiker Esther
		Daubenmeyer Verena
	Ersatzmitglieder	Condamin-Voney Gertrud *(ab 1. Oktober 2012)*
		Peter Oliver *(bis 31. Oktober 2012)*
		Vogel Christian
IV. Kammer	Vorsitz	Engler Urs, Vizepräsident
	Mitglieder	Arnold Gramigna Christa *(ab 1. Februar 2012)*
		Hurst Robert
	Ersatzmitglieder	Arnold Gramigna Christa *(bis 31. Januar 2012)*
		Bänninger Schäppi Franziska *(ab 1. Juli 2012)*

Angegliedertes Schiedsgericht

Leitendes Mitglied	Gräub Erich
Stellvertreter	Hurst Robert

3. Schulung und Weiterbildung

Im Rahmen von öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren sind von den insgesamt 72 am Gericht tätigen Juristinnen und Juristen im Berichtsjahr rund 65 Veranstaltungstage belegt worden (mit Kostenübernahme durch das Sozialversicherungsgericht sowie mit Anrechnung des entsprechenden individuellen Zeitaufwandes an die Arbeitszeit).

Aus dem Weiterbildungsangebot der kantonalen Verwaltung wurden weitere 10 Veranstaltungstage zu Themen aus den Bereichen Führung, Verwaltungsorganisation und Administration besucht.

Für sämtliche Angehörigen des Sozialversicherungsgerichts wurden zwei halbtägige Workshops (in Gruppen) zum Thema *Gute Augen trotz Bildschirmarbeit* durchgeführt (Referentin: Evelyn Ott, Lehrerin für ganzheitliches Seh-Training mit Fachausweis Ausbildner/in SVEB1, Zürich).

Die Richterinnen und Richter des Sozialversicherungsgerichts haben an zwei Weiterbildungstagen/Workshops zum Thema *Steigerung der Performance; Eruierung der „best practices" unter den Gerichtskammern* teilgenommen (Referent André Angstmann, dipl. Psych. IAP).

Zudem wurden im Berichtsjahr die folgenden internen Veranstaltungen mit internen und externen Fachreferenten durchgeführt:

- Weiterbildung zum Thema *6. IV-Revision (Massnahmenpaket 6a betreffend Rentenrevisionen): Am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Neuerungen* (Referentin: Dr. iur. Eva Slavik-Siki, Gerichtsschreiberin mbA am Sozialversicherungsgericht)

- Weiterbildung zum Thema *Aspekte der Chronifizierung aus rheumatologischer und psychiatrischer Sicht* (Referenten: Dr. med. Michael Oliveri, FMH Physikalische Medizin und Rehabilitation, Medizinischer Leiter Arbeitsorientierte Rehabilitation, Rehaklinik Bellikon; Dr. med. Georg Kopp, FMH Psychiatrie und Psychotherapie, ehem. Medizinischer Leiter Zentrum für Begutachtungen, Rehaklinik Bellikon)

- Weiterbildung zum Thema *Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, in Kraft ab 1. Januar 2013* (Referenten: lic. iur. Rolf Bieri, Rechtsanwalt/Mediator SVM, Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich; Dr. iur. Daniel Steck, alt Oberrichter Kanton Zürich)

4. Rechtsprechung

Unter der Internet-Adresse www.sozialversicherungsgericht.zh.ch stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung. Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können unter den entsprechenden spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht bestellt werden.

5. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Verwaltungskommission und Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte wurden bis 30. Juni 2012 präsidiert von Prof. Dr. Martin Zweifel, Präsident des Verwaltungsgerichts. Als Vizepräsidentin amtete bis zu diesem Zeitpunkt Dr. Alexia Heine, Präsidentin des Sozialversicherungsgerichts. Per 1. Juli 2012 hat Dr. Alexia Heine das Präsidium der Verwaltungskommission und des Plenarausschusses der obersten kantonalen Gerichte übernommen. Auf denselben Zeitpunkt wurde lic. iur. Rolf Naef, Präsident des Obergerichts, zum Vizepräsidenten der Verwaltungskommission und des Plenarausschusses gewählt.

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte ist im Berichtsjahr zu folgenden Themen zur Stellungnahme eingeladen worden:

- Änderung der Publikationsverordnung (Stellungnahme des Obergerichts zur Vorlage der Staatskanzlei, Verzicht auf Vernehmlassung durch die übrigen obersten Gerichte)
- Finanzcontrollingverordnung; Anpassungen der Kosten-/Leistungsrechnung nach dem Konzept der Leistungserfassung mit Aufwandausweis (LEA) (Verzicht auf Vernehmlassung zur Vorlage der Finanzdirektion)
- Revision des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 2003 über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (Verzicht auf Vernehmlassung zur Vorlage des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements)
- Entwurf für eine Verordnung über Entschädigung und Spesenersatz bei Beistandschaften (ESBV) (Verzicht auf Vernehmlassung zur Vorlage der Direktion der Justiz und des Innern)
- Verankerung einer formell-gesetzlichen Grundlage für das Case Management und für das Personalmanagement- und Lohnadministrationssystem (PULS) im Personalgesetz (Verzicht auf Vernehmlassung zur Vorlage der Finanzdirektion)
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) (Verzicht auf Vernehmlassung zur Vorlage des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements)
- Änderung der Personalverordnung §§ 17 und 18 (Individuelle Lohnerhöhungen) (Zustimmung des Obergerichts und des Sozialversicherungsgerichts zur Vorlage der Finanzdirektion, keine Äusserung des Verwaltungsgerichts zur Vorlage, da immerhin die Möglichkeit besteht, dass es sich im Rahmen eines allfälligen Verfahrens der abstrakten Normenkontrolle mit der Vorlage auseinandersetzen muss)

Der Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte hat lic. iur. Rolf Naef, Präsident des Obergerichts, zum Nachfolger des bisherigen Obergerichtspräsidenten Dr. Heinrich Andreas Müller als Vertretung der obersten Gerichte in den begleitenden Ausschuss der Finanzkontrolle gewählt.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Heine Alexia

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Heine Alexia
- Grünig Christine
- Hurst Robert
- Mosimann Hans-Jakob
- Spitz Ueli

6. Personelles

6.1 Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

		Personen	in %		Personen	in %
Richter/innen Vollstellen: 8.83 (8.79)	Weiblich	7 (8)	54 (62)	Vollzeit	6 (6)	46 (46)
	Männlich	6 (5)	46 (38)	Teilzeit	7 (7)	54 (54)
	Total	13 (13)	100	Total	13 (13)	100
Ersatzrichter/innen Einsatz im Umfang von 3.01 (3.25) Vollstellen	Weiblich	5 (4)	62.5 (50)	Vollzeit	0 (0)	0 (0)
	Männlich	3 (4)	37.5 (50)	Teilzeit	8 (8)	100 (100)
	Total	8 (8)	100	Total	8 (8)	100
Juristisches Sekretariat[1)] Vollstellen: 43.47 (43.88)	Weiblich	34 (36)	59 (59)	Vollzeit[4)]	32 (33)	55 (54)
	Männlich	24 (25)	41 (41)	Teilzeit	26 (28)	45 (46)
	Total	58 (61)	100	Total	58 (61)	100
Administrative Kanzlei Vollstellen: 10.12 (10.07)	Weiblich	14 (13)	87.5 (87)	Vollzeit[4)]	8 (9)	50 (60)
	Männlich	2 (2)	12.5 (13)	Teilzeit	8 (6)	50 (40)
	Total	16 (15)	100	Total	16 (15)	100
Gesamt[2)] Vollstellen[3)]: 62.42 (62.74)	Weiblich	57 (59)	65 (65)	Vollzeit[4)]	46 (48)	52 (53)
	Männlich	31 (32)	35 (35)	Teilzeit	42 (43)	48 (47)
	Total	88 (91)	100	Total	88 (91)	100

[1)] *Inkl. Stabsmitarbeitende*

[2)] *7 Personen fungierten in Doppelfunktionen oder hatten im Laufe des Berichtsjahrs einen Funktionswechsel. Sie sind deshalb im Gesamttotal nur ein Mal mitgezählt*

[3)] *exkl. Ersatzrichter/innen*

[4)] *Mitarbeitende mit einem Beschäftigungsgrad von 90 % werden analog zur kantonalen Personalstatistik als Vollzeitbeschäftigte ausgewiesen (zur Zeit 7 Mitarbeitende)*

6.2 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

  Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

  - Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
  - Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.
  - Daubenmeyer Verena, lic. iur.

- Engler Urs, lic. iur.
- Gräub Erich, lic. iur.
- Grünig Christine, lic. iur.
- Heine Alexia, Dr. iur. *(Rücktritt per 31. Dezember 2012 infolge Wahl zur Bundesrichterin)*
- Hurst Robert, Dr. iur.
- Käch Amsler Franziska, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur.
- Spitz Ueli, lic. iur.

Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur. *(auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts)*
- Peter Oliver, lic. iur. *(Rücktritt per 31. Oktober 2012)*
- Romero-Käser Irene, lic. iur.
- Tanner Imfeld, Monika, lic. iur. *(Rücktritt per 31. Juli 2012)*
- Vogel Christian, lic. iur.
- Wilhelm Georg, lic. iur. *(auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts)*

Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Arnold Gramigna Christa, lic. iur. *(Rücktritt per 31. Januar 2012 infolge Wahl zum Mitglied des Sozialversicherungsgerichts)*
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

Generalsekretär:

- Schnetzer Robert, Dr. iur.

Stellvertretende Generalsekretärin:

- Palffy Stefanie, lic. iur.

Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

- Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

- Ernst Jörg, lic. iur.

EDV-Support:

- Gligic Michael, Informatiker FA

Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

- Büchel Harald, lic. iur., NDS IuD

- **Kammersekretariate**
  - Fehr Pascale, lic. iur.
  - Klemmt Yves-Alain, lic. iur.
  - Möckli Walter, lic. iur.
  - Sonderegger Stefan, lic. iur.

- **Juristisches Sekretariat**
  - Bachmann Yvonne, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur. ** *(Funktionswechsel)*
  - Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur. ** *(Funktionswechsel)*
  - Berchtold Regula, lic. iur.
  - Brügger Felix, lic. iur.
  - Brugger Markus, lic. iur.
  - Brühwiler Patrick, lic. iur.
  - Buchter Tanya, lic. iur.
  - Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
  - Ernst Jörg, lic. iur.
  - Fischer Antonia, lic. iur.
  - Fonti Fabienne, lic. iur. *
  - Fraefel Thomas, Dr. iur.
  - Gasser Küffer Birgit, lic. iur.
  - Grieder-Martens Annette, lic. iur.
  - Häny Iris, lic. iur.

- Hartmann Irène, lic. iur.
- Hertli-Wanner Corinne, lic. iur.
- Hiller Katja, lic. iur. **
- Hübscher Reto, lic. iur.
- Kobel Barbara, lic. iur.
- Kübler-Zillig Judith, lic. iur.
- Lienhard Stefanie, lic. iur.
- Locher Christa, lic. iur. *
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.
- Meili Sandra, lic. iur.
- Neuenschwander-Erni Corinne, lic. iur.
- Onyetube Jin-Eve, lic. iur.
- Paradiso Pasquale, lic. iur.
- Peter Oliver, lic. iur. **
- Philipp Regula, lic. iur.
- Rangoni-Bertini Aliouhane, lic. iur.
- Röllin Andrea, Dr. iur.
- Rubeli Yves, lic. iur.
- Rümbeli Nora Vanessa, lic. iur. **
- Ryf Susanne, lic. iur.
- Sager Rahel, lic. iur.
- Schetty Alain, lic. iur.
- Schucan Claudia, lic. iur.
- Schüpbach Stéphanie, lic. iur.
- Slavik-Siki Eva, Dr. iur.
- Steiner Lettoriello Andrea, lic. iur.
- Stocker Werner, Dr. iur.
- Tanner Imfeld Monika, lic. iur. **
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Vogel Christian, lic. iur.
- Volz Melchior, lic. iur.

- Von Streng Kitty, Dr. iur. **
- Wilhelm Georg, lic. iur.
- Wyler Fabian, lic. iur.

- **Administrative Kanzlei**
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Di Nucci Giovanna
  - Dopp Ilse-Maria
  - Faerber Silas, Lernender/KV * *(1. Lehrjahr)*
  - Felix Pascal, Lernender/KV ** *(1. Lehrjahr)*
  - Gandolfo Monika *
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika **
  - Marty Jrene
  - Muralt Susanne
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Vetterli Maja

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab 1. Januar 2012)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis 31. Dezember 2012)

7. Sachliche Zuständigkeit

7.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 ff. des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über

- die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- die Invalidenversicherung (IVG)
- die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- die Krankenversicherung (KVG)
- die Unfallversicherung (UVG)
- die Militärversicherung (MVG)
- den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG)
- die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)
- die Familienzulagen (FamZG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht, soweit es das Bundesrecht vorschreibt oder zulässt, als einzige Gerichtsinstanz zuständig für:

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89^{bis} Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung im Sinne von Art. 7 ZPO

- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes (OHG) sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes
- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171a des Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG sowie gemäss § 26 EG KVG

7.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

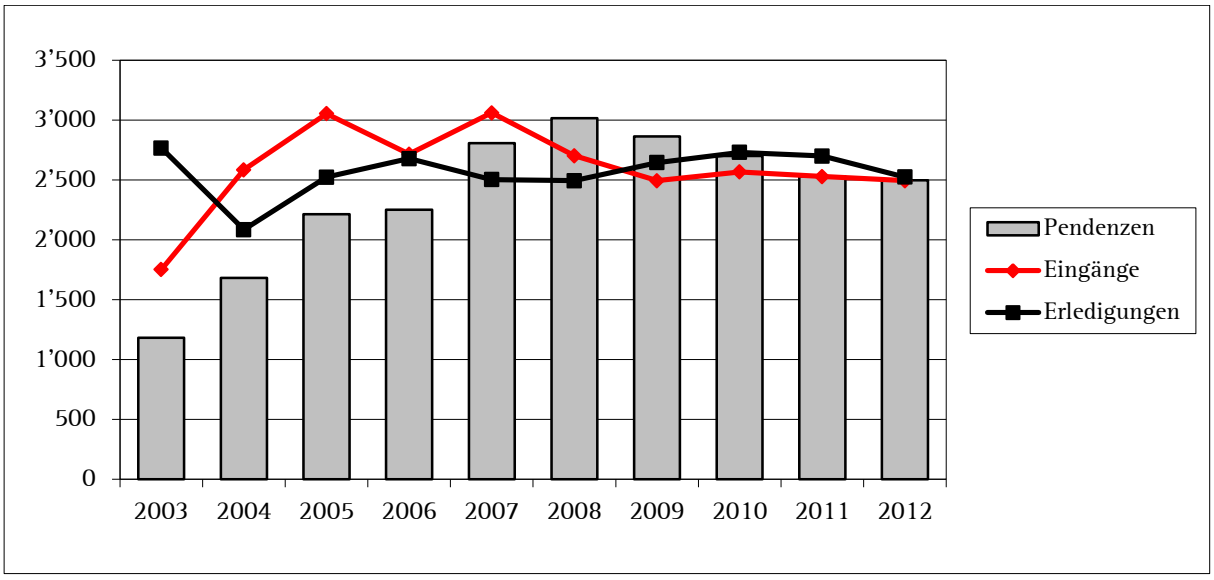
Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 35 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG), Art. 26 Abs. 4 und Art. 27^{bis} des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG).

8. Statistische Übersichten

8.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand (Eingänge, Erledigungen und Pendenzen)**

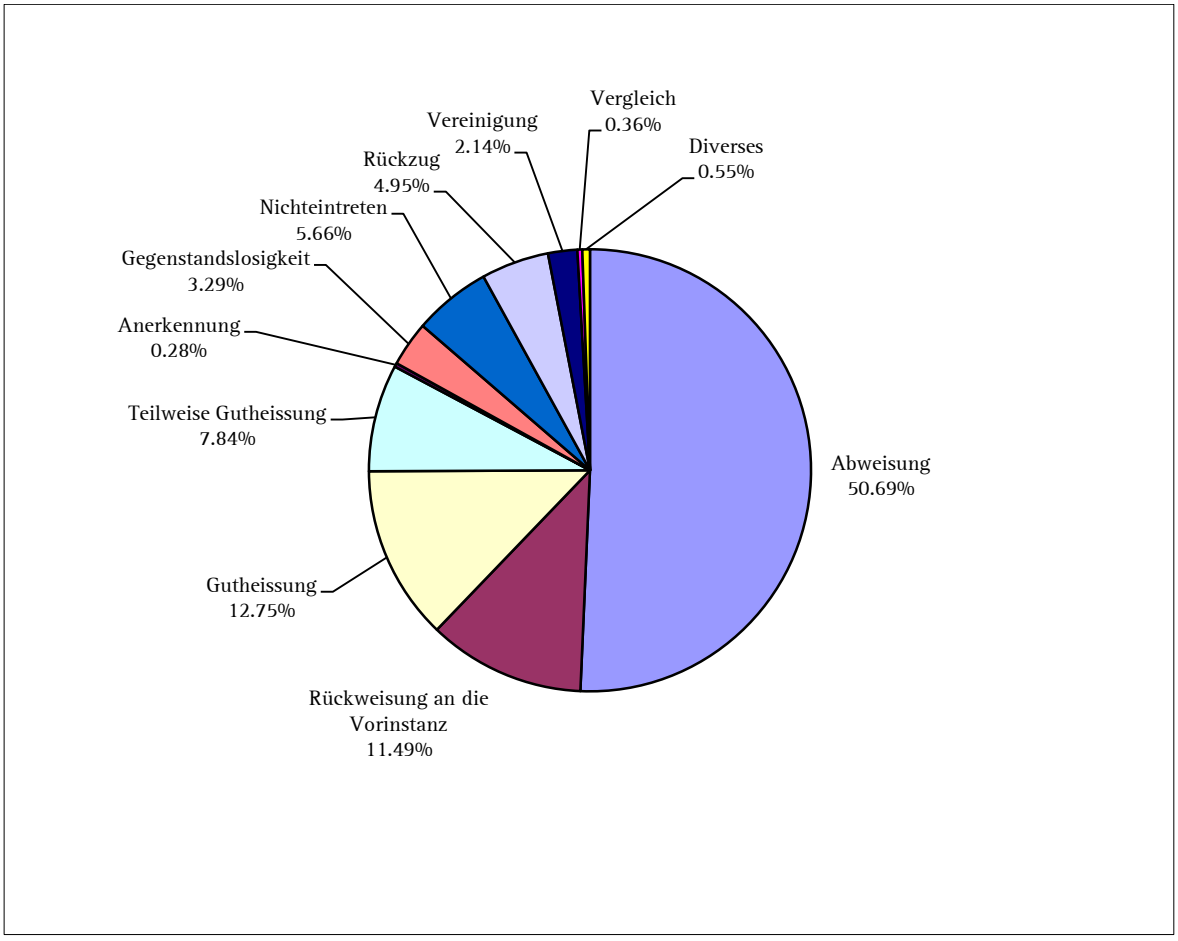
	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (ohne Schadenersatz)	69	66	73	62
AHVG (Schadenersatz)	38	56	51	43
AVIG	255	345	320	280
BVG	97	111	83	125
EOG	4	3	4	3
IVG	1'373	1'323	1'360	1'336
KVG	152	139	146	145
MVG	1	11	1	11
OHG	14	11	17	8
UVG	405	299	351	353
ZL	111	119	108	122
Übrige	10	11	11	10
2012	**2'529**	**2'494**	**2'525**	**2'498**
2011	2'700	2'528	2'699	2'529
Differenz		- 1.3 %	- 6.4 %	- 1.2 %



	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Eingänge	1'751	2'585	3'054	2'715	3'061	2'702	2'493	2'567	2'528	2'494
Erledigungen	2'767	2'084	2'523	2'678	2'503	2'494	2'645	2'731	2'699	2'525
Pendenzen	1'181	1'682	2'213	2'250	2'808	3'016	2'864	2'700	2'529	2'498

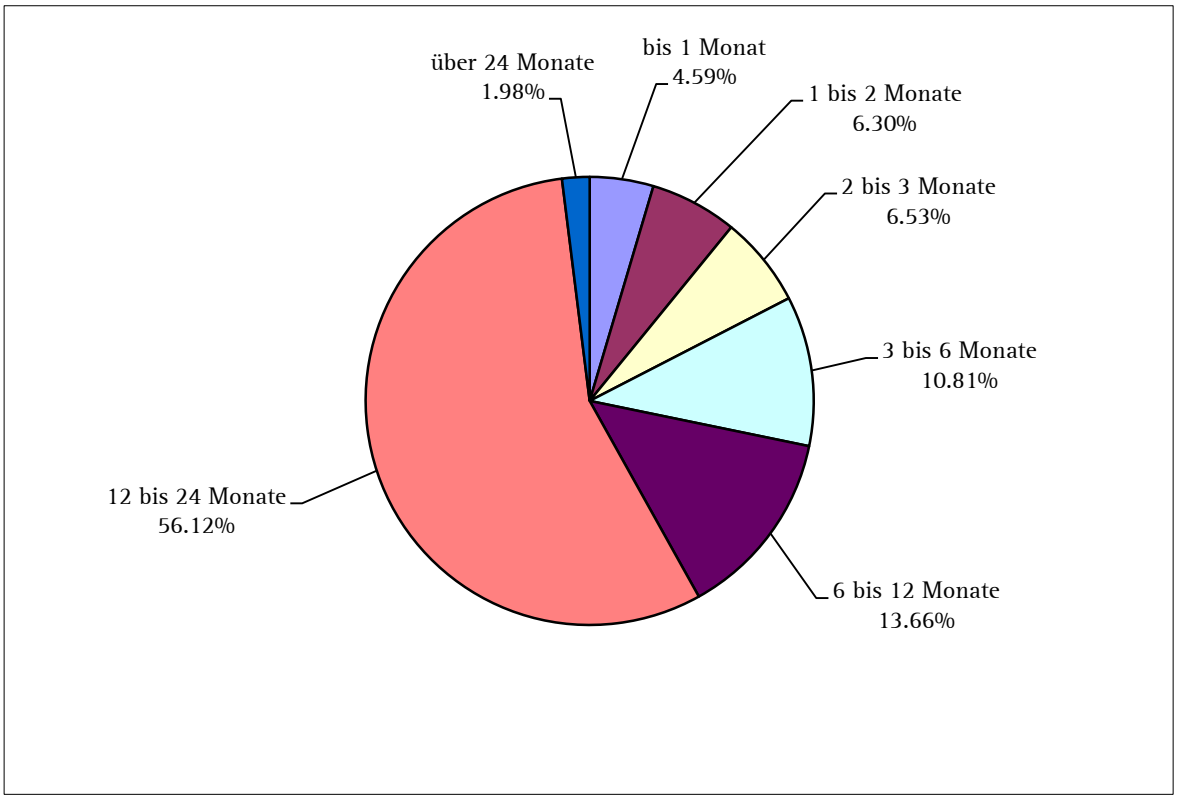
- **Erledigungsart**

	Abweisung	Rück-weisung	Gut-heissung	Teilw. Gut-heissung	Aner-kennung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (ohne SE)	34	10	6	2	0	4	10	3	4	0	0	73
AHVG (SE)	20	1	5	7	0	1	8	0	9	0	0	51
AVIG	186	13	45	18	0	17	23	10	5	0	3	320
BVG	28	0	20	13	4	0	5	8	1	3	1	83
EOG	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	4
IVG	659	214	192	105	0	45	49	70	21	0	5	1'360
KVG	71	4	11	15	3	10	17	7	4	2	2	146
MVG	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
OHG	6	1	1	5	0	1	1	2	0	0	0	17
UVG	239	23	27	18	0	2	14	18	4	3	3	351
ZL	33	20	13	14	0	3	12	7	5	1	0	108
Übrige	1	4	2	0	0	0	4	0	0	0	0	11
2012	**1'280**	**290**	**322**	**198**	**7**	**83**	**143**	**125**	**54**	**9**	**14**	**2'525**
2011	1'412	309	366	193	9	76	140	118	66	6	4	2'699



- **Verfahrensdauer (in Monaten)**

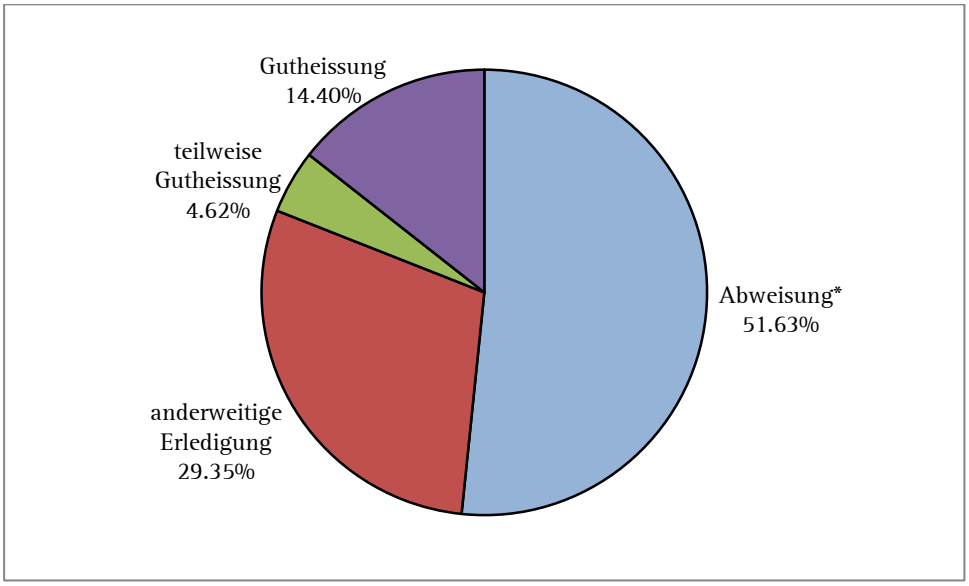
	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	9	6	5	10	7	35	1	73
AHVG (Schadenersatz)	10	9	8	4	2	16	2	51
AVIG	14	40	18	48	64	134	2	320
BVG	6	5	7	10	13	38	4	83
EOG	0	0	0	0	3	1	0	4
IVG	39	73	90	164	198	771	25	1‘360
KVG	9	10	13	13	9	88	4	146
MVG	0	0	1	0	0	0	0	1
OHG	1	0	0	3	1	11	1	17
UVG	15	5	10	11	41	261	8	351
ZL	11	10	12	8	7	57	3	108
Übrige	2	1	1	2	0	5	0	11
2012	**116**	**159**	**165**	**273**	**345**	**1‘417**	**50**	**2‘525**
2011	109	158	163	266	371	1‘558	74	2‘699



- **Vom Bundesgericht (sozialrechtliche Abteilungen) erledigte Prozesse**

	Abweisung	Anderweitige Erledigung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	3	6	1	2	12
AHVG (Schadenersatz)	1	4	0	2	7
AVIG	13	14	0	3	30
BVG	10	0	1	3	14
EOG	0	1	0	0	1
IVG	99	45	6	27	177
KVG	4	9	0	0	13
MVG	0	0	0	0	0
OHG*	0	0	0	0	0
UVG	52	18	7	11	88
ZL	5	10	2	3	20
Übrige	3	1	0	2	6
2012	**190**	**108**	**17**	**53**	**368**
2011	**184**	**115**	**18**	**56**	**373**

* Vom Bundesgericht in Lausanne erledigte Prozesse



* Insgesamt sind 80.98 % der an das Bundesgericht weitergezogenen Entscheide des Sozialversicherungsgerichts bestätigt worden (Vorjahr 80.16 %)

8.2 Schiedsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2012	**14**	**3**	**7**	**10**
2011	15	5	6	14

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2012	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**4**	**2**	**1**	**0**	**7**
2011	1	2	2	0	0	1	0	0	0	0	6

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2012	**0**	**1**	**0**	**0**	**3**	**0**	**3**	**7**
2011	0	0	0	0	0	1	5	6

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
ELG	Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
EOG	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft
FamZG	Bundesgesetz über die Familienzulagen
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GOG	Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen
ZPO	Bundesgesetz über die Schweizerische Zivilprozessordnung